

Beamte im Glück

Autor(en): **Leuzinger, Lukas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **102 (2022)**

Heft 1094

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1035452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Beamte im Glück



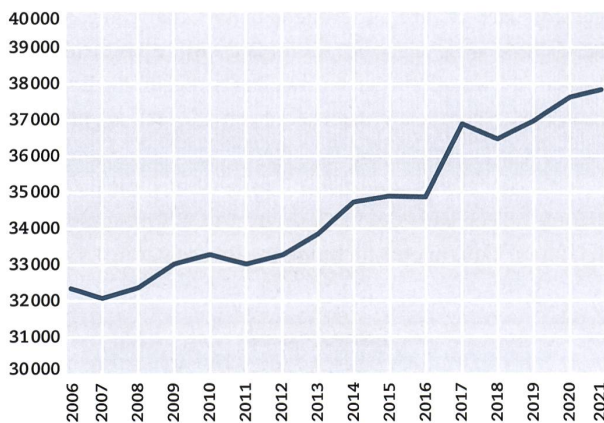
Die Coronakrise hat das Wachstum des Staats beschleunigt. Die Verwaltung wird nicht nur grösser, sondern zahlt auch Spitzenlöhne.

von Lukas Leuzinger

Während in der Pandemie viele Arbeitnehmer um ihre Stelle bangen, muss sich wenigstens eine Gruppe keine Sorgen um ihren Job machen: die Angestellten des Bundes. Ihr Bestand wuchs im Pandemiejahr 2020 um über 600 auf 37 689 Vollzeitäquivalente (siehe Abb. 1). Die Zufriedenheit der Mitarbeiter stieg auf einen neuen Höchststand, wie die Personalbefragung des Eidgenössischen Personalamts (EPA) ergab. «Die Bundesverwaltung war schon immer eine attraktive Arbeitgeberin – in Krisenzeiten aus nachvollziehbaren Gründen umso mehr», schreibt das EPA dazu auf Anfrage.

Abbildung 1

Mehr Leute arbeiten beim Bund



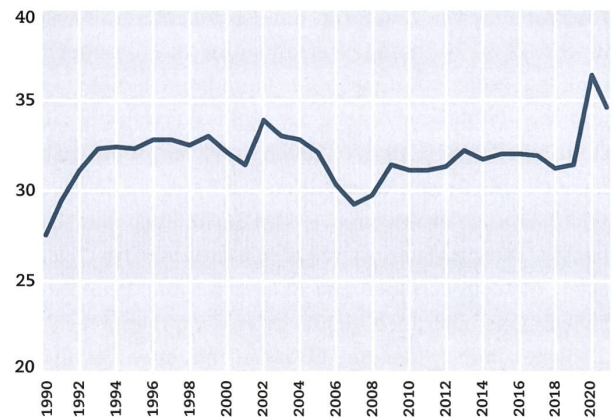
Personalbestand des Bundes (Vollzeitäquivalente)

Quelle: Staatsrechnung

In der Krise schlägt die Stunde der Verwaltung. Im Zuge der Coronapandemie hat sich das Wachstum des Staates beschleunigt. Die Staatsquote – die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – ist 2020 auf den Rekordwert von 36,5 Prozent gewachsen. Das liegt zwar auch daran, dass die Wirtschaftsleistung gesunken ist. Doch auch im vergangenen Jahr, als die Konjunktur deutlich anzog, blieb die Quote über dem Vorkrisenniveau (siehe Abb. 2).

Abbildung 2

Der staatliche Fussabdruck wird grösser



Staatsquote (Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt)

Quelle: EFV

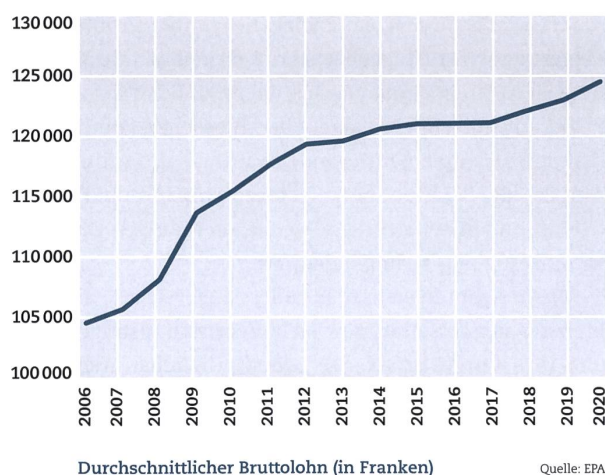
Betrachtet man die Entwicklung des Personalbestands beim Bund, baute 2020 vor allem das Innendepartement

aus – angesichts der Pandemie keine Überraschung. Über das vergangene Jahrzehnt gesehen hat das Aussendepartement mit einem Wachstum von fast 40 Prozent am stärksten zugelegt, gefolgt vom Innendepartement und dem Justiz- und Polizeidepartement mit 23 beziehungsweise 22 Prozent Zuwachs. 2015 hatte das Parlament im Grundsatz beschlossen, den Personalbestand auf 35 000 zu plafonieren. Vier Jahre später bekam die Bundesversammlung jedoch kalte Füße und schrieb das Geschäft ab. Seither ist die Zahl deutlich angestiegen. Ungeachtet der respektablen Personalausstattung findet sich in der Bundesverwaltung offenbar niemand, der Fragen zum Wachstum der Verwaltung beantworten kann. Jedenfalls lehnten mehrere Ämter Interviewanfragen des «Schweizer Monats» ab, wobei sie Zeitmangel geltend machten oder an andere Stellen verwiesen. Je grösser eine Organisation ist, desto unübersichtlicher wird sie, und so breitet sich die grosse Unzuständigkeit aus, wie sie in vielen Grossbetrieben zu beobachten ist.

Die Bundesangestellten sind in den letzten Jahren nicht nur zahlreicher geworden, sie verdienen auch besser. Der durchschnittliche Bruttolohn betrug 2020 über 124 000 Franken (siehe Abb. 3). Zum Vergleich: Im Gastgewerbe beträgt der Durchschnittslohn weniger als die Hälfte davon.

Abbildung 3

Der Bund bezahlt gut



Immerhin: Für das respektable Salär leisten die Bundesangestellten auch herausragende Arbeit. Jedenfalls erhielten vorletztes Jahr 96,6 Prozent von ihnen eine Beurteilung von «gut» oder «sehr gut» und somit automatisch

«Vorletztes Jahr erhielten 96,6 Prozent der Bundesangestellten eine Beurteilung von «gut» oder «sehr gut» und somit automatisch Anrecht auf eine Lohnerhöhung.»

Lukas Leuzinger

Anrecht auf eine Lohnerhöhung. (Wobei eine solche nur gewährt wird, wenn der Mitarbeitende noch nicht den Höchstbetrag seiner Lohnklasse erreicht hat, was laut EPA bei rund der Hälfte der Angestellten der Fall ist.) Daneben haben die Angestellten gemäss Bundespersonalgesetz auch Anrecht auf einen Teuerungsausgleich.

Freilich geben die Daten zur Kernverwaltung ein unvollständiges Bild über die gesamte Staatstätigkeit ab. In der Mitarbeiterzahl sind etwa die Angestellten bundeseigener Betriebe nicht enthalten, ebenso wenig die Angestellten von Firmen, an welche die Verwaltung Aufgaben ausgelagert und Aufträge

vergeben hat. Auch erfasst die Staatsquote zum Beispiel nicht die Tätigkeit von Krankenkassen, deren Ausgaben zwar vom Bund vorgegeben sind, aber nicht über das Bundesbudget, sondern über Zwangsabgaben in Form von Prämien finanziert werden. Zudem verursacht die Verwaltung auch indirekte Kosten in Form von Regulierungen, die Unternehmen und Privatpersonen zusätzlichen Aufwand beschern. Der staatliche Fussabdruck ist somit deutlich grösser, als der Blick auf die Zahlen zur Verwaltung vermuten lässt. ◀



Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.